

Jürgen Wagner, IMI Informationsstelle Militarisierung .V., www.imi-online.de

Rede zur Gedenkfeier auf dem KZ-Friedhof Birnau am 09.05.2026

Liebe Freundinnen und Freunde,

Zeitenwende 2014ff.

Bekanntlich wurde die militärische Zeitenwende mit der Rede des damaligen Bundeskanzlers Olaf Scholz am 27. Februar 2022, drei Tage nach dem russischen Angriff auf die Ukraine ausgerufen.

Auf den Weg gebracht wurde sie aber spätestens im Februar 2014.

Viele werden sich an die denkwürdigen damaligen Auftritte von Frank-Walter Steinmeier (Außenminister), Ursula von der Leyen (Verteidigungsministerin) und vor allem Joachim Gauck (Bundespräsident) bei der damaligen Münchner Sicherheitskonferenz erinnern.

Alle drei sangen damals vom selben Blatt: Als Konsequenz aus der Nicht-Beteiligung am Libyen-Krieg müsse Deutschland endlich Schluss mit seiner „Kultur der militärischen Zurückhaltung“ machen. Das sei eine falsche Lehre aus der Vergangenheit.

Von nun an müsse Deutschland eine militärische Führungsrolle anstreben, hieß es ab da unentwegt – und die Losung „Nie wieder Krieg!“ wurde so ganz schnell zu „Nie wieder Krieg ohne uns!“

Agenda Rüstung

Um die dafür notwendigen Gelder loszueisen wurde ebenfalls ab 2014 die „Agenda Rüstung“ gestartet. Sie bestand vor allem in der dreisten Behauptung, die Bundeswehr sei jahrzehntelang kaputtgespart worden.

Liebe Freundinnen und Freunde,

das stimmt so einfach nicht. Der Verteidigungshaushalt stieg zwischen 2000 (€24 Mrd.) und 2014 (€32,5 Mrd.) auch inflationsbereinigt an.

Das kann man ja gut oder schlecht finden, aber kaputtgespart grenzt an Fake News. Und dennoch wurde diese Behauptung in der Folge gebetsmühlenartig von Politik, Militär und Industrie wiederholt.

Zeitenwende 1.0

Auf dieser Basis kletterte der Verteidigungshaushalt bis 2022 auf €50,4 Mrd.

Und ich bin überzeugt, dass es ohne das Märchen von der kaputtgesparten Bundeswehr deutlich schwieriger gewesen wäre, die zwei Kernpunkte der Scholzschen Zeitenwende durchzusetzen:

- 1.) Das Sondervermögen von 100 Mrd. Euro
- 2.) Militärausgaben von 2% des Bruttoinlandsproduktes

Das wurde 2024 mit Militärausgaben von rund 90 Mrd. Euro erstmals erreicht und damit war die Zeitenwende 1.0 praktisch abgeschlossen.

„Turbo-Zeitenwende“ oder „Zeitenwende 2.0“

Mit der Wahl von Friedrich Merz begann eine „Zeitenwende 2.0“ oder eine „Turbo-Zeitenwende“. Deutschland soll die „Sprache der Macht“ lernen und zur „stärksten konventionellen Armee in Europa“ werden, erzählt der Kanzler seither jedem, der nicht bei drei auf dem Baum ist.

Schritt eins war vor rund einem Jahr, als sich eine ganz große Koalition aus Union, SPD und Grünen zusammentat, um in der letzten Sitzung des alten Bundestags eine Grundgesetzänderung durchzudrücken. Völlig undemokratisch wurde an künftigen Sperrminoritäten vorbei eine zeitlich und in der Höhe unbefristete Ausnahme von der Schuldenbremse und damit ein Blankoscheck für Rüstungskredite beschlossen.

Damit war der Weg frei, dass auch Deutschland sich im Juni 2025 dem neuen NATO-Ausgabenziel von 5% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) anschließen konnte.

Historische Höchststände

Liebe Freundinnen und Freunde,

2% oder auch 5%/BIP das hört sich etwas abstrakt und auch nach nicht so viel an. Vor wenigen Tagen wurde der Finanzplan des Bundes bis 2030 veröffentlicht – jetzt liegen die Zahlen auf dem Tisch.

Für 2026 sind Militärausgaben (v.a. Verteidigungshaushalt, aber auch weitere militärrelevante Posten nach NATO-Kriterien) von 126 Mrd. Euro vorgesehen.

Und als ob das nicht genügen würde, soll dieser Betrag bis 2030 weiter auf 196,4 Mrd. Euro steigen (Verteidigungshaushalt 179,8 Mrd. Euro; Zivil- und Bevölkerungsschutz (2,8 Mrd. Euro), für die Nachrichtendienste (2,7 Mrd. Euro) für IT-Sicherheit (2,6 Mrd. Euro) sowie für Waffenlieferungen vor allem an die Ukraine (8,5 Mrd. Euro))).

Liebe Freundinnen und Freunde,

damit würden 2030 31,4% des gesamten Haushaltes auf die Militärausgaben entfallen.

Aber damit ist es immer noch nicht genug:

Knapp 200 Mrd. Euro wären – in Anführungszeichen – nur 3,7% des BIP.

Steigen sollen die Militärausgaben aber spätestens bis 2035 auf 5% - das wären dann für 2030 satte 265 Mrd. Euro oder 42% des gesamten Haushaltes.

Damit hätten die Verantwortlichen wahrhaft historisches geleistet: Der bisherige Höchststand der deutschen Militärausgaben war 4,88% (1963)!

Militarisierung bis in die Kapillaren

Die Folgen sind dramatisch: Kommunale Wohnprojekte müssen Kasernen weichen, zivile Unternehmen satteln auf Rüstungsindustrie um, eine Re-Aktivierung der Wehrpflicht steht vor der Tür und im „Operationsplan Deutschland“ werden schon heute zivile Akteure bis hin zu den Krankenhäusern massiv in die Kriegsplanungen einbezogen.

3:1 NATO-EU vs. Russland

Das alles braucht eine gute Begründung: Und dafür reicht der Verweis auf Russland nicht aus. Schon heute geben die europäischen NATO-Staaten weit mehr als Russland aus. Und sie verfügen eine Überlegenheit bei allen militärischen Großsystemen von etwa 3:1.

Es wäre schon heute suizidal, wenn Russland die NATO angreifen würde. Und ich kann auch nicht sehen, weshalb ein Verhältnis von 4:1 oder 10:1 einen Sicherheitsgewinn bedeuten würde.

Olivgrünes Wirtschaftswunder?

Apropos suizidal: Das ist es nämlich, was diese Militärausgaben sind.

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir werden uns nicht zum Frieden rüsten können!

Und wir werden uns auch nicht aus der Krise herausrüsten können. Es wird kein „Olivgrünes Wirtschaftswunder“ geben, wie interessierte Kreise immer wieder behaupten. Rüstungsausgaben sind wirtschaftlich mit das dümmste, was man machen kann. Und auch auf ein „Olivgrünes Jobwunder“ werden wir lange warten, pro eingesetztem Euro erzeugt keine andere Branche weniger Arbeitsplätze. Und es ist wichtig, dass die Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften gestärkt werden, die darauf zu Recht unermüdlich hinweisen!

Kanonen statt Butter

Deshalb ist das einzige, was ebenso schnell steigt wie die Militärausgaben, die daraus resultierenden Schulden.

Allein von 2026 bis 2030 werden sich diese Rüstungsschulden laut Finanzplan auf 534,5 Mrd. Euro summieren. Die Zinszahlungen werden im selben Zeitraum dementsprechend von 30,3 Mrd. Euro (2026) auf 78,7 Mrd. Euro (2030) steigen. Allein dies wird 2030 (bei gleichbleibenden Zinsen) rund 12,5 Prozent der Einnahmen verschlingen und künftige Spielräume massiv einschränken.

Das wird nicht ewig funktionieren!

Und deshalb fordern Protagonisten der neuen Aufrüstung wie Moritz Schularick vom „Institut für Weltwirtschaft“ in Kiel, dass die Militärausgaben spätestens ab 2030 komplett aus dem Bundeshaushalt finanziert werden sollen.

Bei einem Anteil von 40% wird das die Steilvorlage für einen Sozialabbau abgeben, der selbst das, was wir bislang erleben, weit in den Schatten stellen wird. „Wir müssten aufrüsten für den Wohlstand“, titelte Schularick in einem Artikel. Deshalb sei es notwendig „harte Budgetentscheidungen zwischen »Kanonen und Butter« zu treffen.“

Liebe Freundinnen und Freunde,

„wir“ sollen also aufrüsten, um „unsere“ Werte und „unsere“ Lebensweise, besonders aber „unseren“ Wohlstand zu verteidigen. Es ist schon einigermaßen kaltschnäuzig, wenn Menschen, die sich um die Butter auf ihrem Brot keine Sorgen zu machen brauchen, die ärmsten in der Bevölkerung dazu auffordern, für „unseren Wohlstand“ die Gürtel noch enger zu schnallen.

Diese soziale Kälte ist eine halsbrecherische Politik, sie muss gestoppt werden, sonst treibt sie nur noch mehr Menschen in die Arme der Rechtsradikalen. Und auch die kennen sich ja mit der Parole Kanonen statt Butter nur allzu gut aus, wie wir wissen! Das muss verhindert werden!